



**Rückschlag für Giorgia Meloni** Auf Anordnung der italienischen Justiz wurden Migranten am 1. Februar von Albanien nach Italien gebracht

# Abschieben auf Italienisch

Noch stehen die **Aufnahmezentren für Migranten** außerhalb des Landes leer. Geben die Gerichte grünes Licht, könnte Italiens Asylpolitik ganz Europa verändern

TEXT VON **MARLENE BREY** UND **JULIUS MÜLLER-MEININGEN**

# D

Der Sand ist so feinkörnig, der Blick auf die Adria so erholsam, dass sich im Sommer hier Touristen unter Sonnenschirmen drängen. Hinter der Strandpromenade ragen mehrstöckige Hotels auf. Die Szenerie besticht mit einem Hauch von Rimini. Am Hafen wehen die italienische Fahne und die der EU. Doch der Küstenort

Shengjin gehört nicht zu Italien, er liegt nicht einmal in der Europäischen Union. Die beiden Flaggen, die über einem hohen Zaun gehisst wurden, markieren den italienischen Asyl-Hotspot in Albanien.

Seit Oktober betreibt die Mitte-rechts-Regierung von Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni dort zwei Abschiebelager. Es ist das Pilotprojekt einer neuen europäischen Asylpolitik. In Brüssel und anderen Hauptstädten wird es mit großem Interesse verfolgt. Denn selten zuvor war das Thema Migration auf dem Kontinent so drängend wie heute.

In ganz Europa erzielen Rechtspopulisten damit Wahlerfolge, wie zuletzt die AfD in Deutschland. Längst haben die Parteien der Mitte erkannt, dass ihr Rückhalt in der Bevölkerung erodiert, solange sie den Eindruck vermitteln, die illegale Einwanderung nicht in den Griff zu bekommen. Um den Rechtsruck zu stoppen, interessieren sich die Regierungschefs deshalb für die Idee der rechten Giorgia Meloni.

„Die Externalisierung scheint derzeit die Lösung für alle Übel der Union zu sein, weil sie das Migrationsproblem von den europäischen Wählern fernhält“,

sagt Luca Barana vom römischen Think-tank Istituto Affari Internazionali (IAI). Die Hoffnungen, die auf dem italienischen Projekt ruhen, sind enorm. Gelingt es, könnte der Weg für vergleichbare Lösungen auf EU-Ebene frei sein.

Im November 2023 schloss Meloni einen entsprechenden Pakt mit Albanien Premier Edi Rama. Er funktioniert so: Italiens Marine greift Migranten bereits im Mittelmeer auf und prüft ihren Status. Männer mit geringer Aussicht auf Asyl und aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten werden nach Shengjin verschifft und dann in ein zweites Lager nach Gjader gebracht. Per Schnellverfahren, das EU-weit erst ab 2026 gelten soll, aber in Italien schon jetzt angewendet wird, entscheiden italienische Beamte über die Asylanträge. Stimmt die italienische Justiz zu, werden die abgelehnten Migranten zurück in ihre Herkunftsländer gebracht. Das ist der Plan.

„Zum ersten Mal ist eine Lösung in Sicht, wie die irreguläre Migration in die EU in den Griff zu bekommen ist“, sagt Michael Spindelegger, ehemaliger österreichischer Außenminister und Direktor des Wiener Migrationsforschung-Instituts ICMPD. Der Turiner Soziologe und Migrationsforscher Ferruccio Pastore sieht die Sache kritischer: „Meloni versucht, die Ankünfte mit allen Mitteln einzudämmen und gleichzeitig die Fassade eines liberalen Systems unter Einhaltung der Menschenrechte zu wahren.“ Tatsächlich ist die Zahl der irregulären Ankünfte über das Mittelmeer in Italien 2024 um fast 60 Prozent gesunken.

Doch die Lager in Albanien (siehe Kasten), für die Italien bis 2028 rund 650 Millionen Euro bezahlt, stehen seit Wochen leer. Dreimal brachte die Marine Migranten nach Shengjin, dreimal lehnten Gerichte in Italien die Abschiebungen per Schnellverfahren ab. Bislang blockiert die Justiz Melonis Vorhaben.

Zwei Staatsbürger aus Bangladesch haben vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklagt, am Dienstag fand die erste Anhörung in Luxemburg statt. In ein paar Monaten soll das Urteil ergehen. Vor Gericht geht es um die bislang ungeklärte Definition dessen, was unter dem Begriff „sicherer Herkunftsstaat“ zu verstehen ist. Bangladesch gehört dazu, hat die Regierung in Rom bestimmt.

Der EuGH entscheidet über die Kernfragen der Externalisierung. Denn nur wenn ein Herkunftsstaat sicher ist, kann im Schnellverfahren abgeschoben werden. Im Oktober urteilte der EuGH, dass ein Herkunftsstaat nur dann als sicher gilt, wenn er auf seinem ganzen Territorium



### Asylpolitik an der Küste

Im albanischen Shengjin ließ Italien eines von zwei Abschiebezentren außerhalb der EU errichten

## Die Rechtspopulisten um Geert Wilders in den Niederlanden wollen abgelehnte Asylbewerber nach Uganda ausfliegen

sicher ist. Kann ein Herkunftsland auch dann als sicher gelten, wenn bestimmte Gruppen dort nicht sicher sind? Das ist nun zu klären. Entscheidet der EuGH im Sinne Italiens, wäre das nicht nur für Meloni ein Triumph. „Dann hätten wir ein Modell für die Zukunft“, sagt Migrationsexperte Spindelegger.

### Großbritannien verhandelte mit Ruanda

Solange es noch nicht funktioniert, spricht man in Brüssel von „innovativen Lösungen“ in der Migrationspolitik. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen prägte im Oktober diesen Begriff in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs. Der brisanteste Punkt ihres Zehn-Punkte-Plans betrifft die Abschiebezentren außerhalb der EU. Der Unterschied zu Melonis Adria-Projekt: In den italienischen Hotspots in Albanien stellen die Migranten Asylanträge. Aus den Abschiebezentren, die von der Leyen im Sinn hat, sollen bereits abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden. Als Vorbild für die Auslagerung bezog sie sich auf Melonis Abkommen mit Albanien.

Bisher kam die Forderung, Asylverfahren auszulagern, vom rechten Rand. Der AfD-Politiker und ehemalige Europaabgeordnete Bernhard Zimniok forderte schon vor zwei Jahren, „Asylzentren außerhalb Europas einzurichten und die Entwicklungshilfe an die Umsetzung von Rückführungsabkommen zu koppeln“. Damals lautete die Antwort der EU-Kommission noch: Das verstößt gegen EU-Recht. Nun soll der Rechtsrahmen geändert werden. Bis März will der neue EU-Migrationskommissar Magnus Brunner eine Rückführungsrichtlinie vorstellen. „Niemand versteht, warum Men-

schen nicht zurückgeführt werden können, und ehrlich gesagt, ich verstehe das auch nicht“, sagte Brunner nach seinem Amtsantritt.

Experten zufolge bleiben rund 80 Prozent der abgelehnten Asylbewerber in der EU. Sie gar nicht erst nach Europa zu lassen, erscheint daher verführerisch. Das ehemalige EU-Land Großbritannien versuchte es mit seinem Ruanda-Modell, also einer kompletten Auslagerung der Asylverfahren in den afrikanischen Staat, bis der Oberste Gerichtshof den Plan 2023 für rechtswidrig erklärte.

Die Rechtspopulisten um Geert Wilders in den Niederlanden prüfen, wie man abgelehnte Asylbewerber nach Uganda ausfliegen könnte. Dänemark hat ein Abkommen mit dem Kosovo geschlossen. Es erhält dort 300 Haftplätze, um Abschiebehaftlinge unterzubringen. Dafür soll der Kosovo Geld bekommen, vielleicht auch eine Perspektive für einen schnelleren EU-Beitritt.

„Es entspricht dem Zeitgeist, Probleme zu exportieren“, sagt der Soziologe Pastore. Europas Versuche muten harmlos an im Vergleich zu den Erpressungen von US-Präsident Donald Trump. Seine Drohungen bewirkten, dass Guatemala abgeschobene Migranten aus den USA aufnehmen wird, nicht nur eigene Staatsbürger. El Salvador soll künftig sogar Kriminelle für die USA internieren.

Auch Deutschland lässt die Drittstaatenlösung juristisch prüfen. Und schiebt seit Kurzem mithilfe des Emirats Katar wieder Straftäter nach Afghanistan ab. Das Problem: Die bisherigen Schritte sind nationale Einzelaktionen. Um auf europäischer Ebene einen nennenswerten

## Das Meloni-Modell



**Ausgelagert** Italien bringt Migranten in zwei Aufnahmelager in Albanien

**653** Millionen Euro bezahlt Italien dem Abkommen mit Albanien zufolge für fünf Jahre

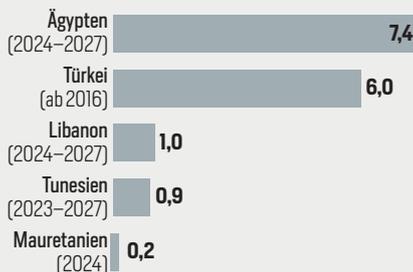
**30000**

Migranten können in den beiden albanischen Aufnahmelagern untergebracht werden

**135 659**

Asylanträge wurden im Jahr 2023 in Italien gestellt. 2024 sank die Zahl der irregulären Ankünfte um 60 %

### Zahlungen der EU an Drittstaaten zur Eindämmung der Migration in Mrd. Euro



**Aufgehalten** Damit sie Migranten an der Weiterreise hindern, erhalten Transitländer viel Geld von der EU

Effekt zu erzielen, müssten solche Lager eine viel größere Kapazität haben. 2023 stellten in der EU etwa 1,1 Millionen Menschen Asylanträge. Etwa die Hälfte wird erfahrungsgemäß abgelehnt.

Seit Ursula von der Leyen 2019 als EU-Kommissionspräsidentin ins Amt kam, fokussiert sich Europa deshalb auf Abkommen mit Transitländern. Dabei werden migrationspolitische Interessen systematisch mit anderen Politikbereichen wie Handel, Digitalisierung, Infrastruktur, Energie und Sicherheit verbunden. Seit Mitte 2023 hat die EU-Kommission Vereinbarungen mit Tunesien, Mauretanien, Ägypten, Libanon und zuletzt Jordanien getroffen. Ein Pakt mit Marokko wird vorbereitet. Die Staaten sollen Migranten

bekannt werden. Solche Partnerschaften machen die EU auch erpressbar. Erst vor wenigen Wochen zeigte sich das in Italien. Seit 2017 unterstützt Rom die libysche Küstenwache finanziell, damit sie Migranten von der Überfahrt abhält.

Auf Geheiß des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) verhaftete die Polizei in Turin Ende Januar Osama Elmasry Njeem, den Chef der libyschen Justizpolizei und Leiter des berüchtigten Mitiga-Gefängnisses bei Tripolis. Der IStGH ermittelt gegen den Libyer wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er soll in Mitiga für Tötungen, Folter und Vergewaltigungen von Migranten und politischen Gegnern verantwortlich sein.

## Seit 2019 konzentriert sich die EU auf Abkommen mit Transitländern. Sie sollen Migranten aufhalten



**Innovativ?** Meloni und Albanien Premier Edi Rama einigen sich auf den Migrationspakt

an der Weiterreise in die EU hindern und bekommen dafür viel Geld. Den Anfang machte 2016 das EU-Türkei-Abkommen. Für die Rücknahme syrischer Flüchtlinge zahlte die EU nicht nur Milliarden, sondern stellte der Türkei auch Visa-Erleichterungen und eine Intensivierung der Beitrittsverhandlungen in Aussicht.

Sollte der Europäische Gerichtshof das Experiment der italienischen Regierung in Albanien billigen, dann ergeben sich auch für die EU neue Spielräume. Neben Albanien haben auch Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina und der Kosovo großes Interesse an einem EU-Beitritt. Wird die Aufnahme von Migranten demnächst also ein zentrales Kriterium für eine mögliche Mitgliedschaft sein?

Fest steht, dass die EU für ihre Migrationsabkommen schon heute einen hohen Preis bezahlt, nicht nur finanziell. Die Zusammenarbeit mit autokratischen Regimen nimmt sie in Kauf, auch wenn regelmäßig Menschenrechtsverletzungen

Doch was machte die Regierung von Giorgia Meloni? Anstatt den verhafteten Elmasry nach Den Haag auszuliefern, ließ sie ihn wieder frei und nach Tripolis ausfliegen. Wahrscheinlich aus Angst, Elmasrys Männer könnten den etwa 700 000 in Libyen ausharrenden Migranten die Flucht erlauben. Der Internationale Strafgerichtshof hat nun eine Untersuchung gegen Italien eingeleitet.

Was außenpolitisch zu tun ist, um das Problem der Migration zu lösen, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Beobachter weisen darauf hin, dass schon viel passiert sei. Die Abkommen mit Transitländern gehören dazu, das 2024 geschnürte Asylypaket der EU. Kritikern ist das nicht genug. „Das Migrationsproblem löst man nicht mit Barrieren und Mauern, sondern an der Wurzel“, also in den Herkunftsländern, heißt es etwa beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR).

Einen interessanten Ansatz verfolgt seit vier Jahren das Wiener Migrationsforschungsinstitut ICMPD mit sogenannten Migration Resource Centres. Das sind in Zusammenarbeit mit lokalen Regierungen entwickelte Informationsstützpunkte für Migranten, die es bereits in Ländern wie Pakistan, Bangladesch oder Irak gibt. Menschen, die auswandern wollen, können sich hier über ihre Chancen, aber auch über die Folgen illegaler Migration in die EU beraten lassen.

14 Millionen Anfragen gab es seit 2021. Nach der Beratung verzichtete laut ICMPD immerhin ein Drittel der Anwärter auf die Reise nach Europa. ■

Quelle: EU-Kommission, UNHCR

Foto: Roberto Monaldo/AP